

## Presseinformation

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist Redebeginn

Nr. 279 / 2014

Kiel, Donnerstag, 19. Juni 2014

Innen / Verfassungsschutz

### Dr. Heiner Garg: Extremismus jedweder Form darf in Schleswig-Holstein keinen Platz haben

In seiner Rede zu TOP 32, 38 und 61 (Verfassungsschutzbericht sowie Anträge zum Verfassungsschutz) erklärt der Parlamentarische Geschäftsführer der FDP-Landtagsfraktion, **Dr. Heiner Garg**:

„Der Verfassungsschutz ist für die Verteidigung unserer Freiheit und der Demokratie von essentieller Bedeutung. Selbst wenn Schleswig-Holstein kein nationaler oder internationaler Hotspot für Extremisten jedweder religiösen oder politischen Strömung ist, ist es doch unerlässlich, dass hier die verfassungsfeindlichen Gruppierungen unter Beobachtung sind.

Der Rechtsextremismus in Schleswig-Holstein stagniert. Wir können uns glücklich schätzen, dass all diejenigen, die das rechte Gedankengut in Schleswig-Holstein etablieren wollen, auf taube Ohren stoßen.

Wir können uns glücklich schätzen, dass die Menschen in Schleswig-Holstein sich ihrer Verantwortung für die Demokratie bewusst sind und sich offen und friedlich dem Rechtsextremismus entgegenstellen.

Doch im digitalen Zeitalter ist der Rechtsextremismus nicht nur offensichtlich beziehungsweise anhand stumpfer Parolen und Hetzkampagnen zu erkennen. Der Rechtsextremismus geht neue, undurchsichtigere Wege im Netz. Oftmals unter dem Tarnmantel des Opferschutzes – zum Beispiel durch Kampagnen gegen Kindesmissbrauch – ist der Rechtsextremismus erst auf den zweiten, wenn nicht sogar auf erst auf den dritten Blick zu erkennen.

Rechtsextreme suchen verstärkt Kontakt zu Betroffenengruppen sexualisierter Gewalt sowie zu Verbänden. Deshalb ist es umso wichtiger, dass wir nach wie vor sehr aufmerksam bleiben.

Nun dürfen wir aber weder das rechte, noch das linke Auge verschließen.

In diesem Hause herrscht fraktionsübergreifend Einigkeit darüber – Extremismus in jedweder Form ist in Schleswig-Holstein fehl am Platz.

Der Linksextremismus ist in Schleswig-Holstein, wie auch der Rechtsextremismus präsent. Die Anzahl der Straftaten ist im Jahr 2013 auf einem ähnlich hohem Niveau wie in den Vorjahren.

So löblich und ausgesprochen richtig der Einsatz gegen den Rechtsextremismus in Schleswig-Holstein auch ist – es dürfen andere extremistische Bewegungen nicht außer Acht gelassen werden. Die Landesregierung hat mit ihrem Landesprogramm zur Demokratieförderung und Rechtsextremismusbekämpfung einen Schritt in die richtige Richtung getan, hat es aber auch versäumt, den nächsten Schritt zu tun.

Der Antrag der CDU-Fraktion wäre ein solcher Schritt. Ein Konzept, das Maßnahmen für alle Formen des Extremismus vorsieht, ist logisch und vernünftig, angesichts der im Verfassungsschutzbericht angeführten Handlungsfelder. Es sollte aus meiner Sicht eine Selbstverständlichkeit sein, hier und heute eine breite Zustimmung für diesen Antrag zu finden.

Der Bruch zum Antrag der Piraten fällt mir nicht ganz leicht. Die Forderung der Piraten nach einem transparenten Haushalt des Verfassungsschutzes lehnt meine Fraktion ab. Ich werde auch nicht müde zu betonen, dass Geheimdienste im Geheimen operieren, sonst wären sie ja schließlich nicht geheim.

Dass dem einen oder anderen Finanzpolitiker diese Idee zupass käme, kann ich gut nachvollziehen – doch hier gilt es, höhere Interessen zu schützen.“